

Theodor Venus

Medien und politische Parteien: Vom Aufbau und Niedergang des Engagements politischer Parteien im Bereich der Massenmedien

Der Aufschwung der Massenmedien und die Entfaltung ihrer Vielfalt steht historisch in einem viel engeren Kontext als man dies heute, nach dem allmählichen Absterben der Parteienpresse im Großteil des deutschsprachigen Raumes in den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts vermuten würde.

Entstehung und Entfaltung der Parteienpresse gingen Hand in Hand mit der Differenzierung des Parteienspektrums im Laufe des 19. Jahrhunderts überhaupt, wobei auch andere Faktoren, wie Rechtslage, politische Verfassung, Bildungsgrad und politisches Gewicht der einzelnen Klassen, Urbanisierung, aktuelle Bedingungen usw. ebenfalls eine beträchtliche Rolle spielten.

Als erstes traten liberale Blätter auf den Schauplatz, deren weites Spektrum hinsichtlich politischer Haltung auch ein Spiegelbild der weichen Parteistrukturen, die für dieses Lager als typisch gelten dürfen und der Uneinheitlichkeit der Interessen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet entsprechend waren. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts traten auch die übrigen Gesellschaftsschichten, die sich als Parteien mit sehr unterschiedlichen Zielsetzungen zu organisieren vermochten, immer stärker aus dem Schatten der Liberalen heraus und gaben sich ihre eigene Presse, sodass sich insgesamt eine stetig steigende Vielfalt von Blättern entwickelte.

Eine politische .Haltung. oder .Gesinnung. offen zu zeigen, ein .Programm. zu vertreten, galt diesen Blättern keineswegs als verwerflich; im Gegenteil: wer nicht über eine solche verfügte oder diese in Kernfragen der aktuellen Politik änderte, wurde als „gesinnungslos“ angeprangert. Am Beginn der Parteienpresse, ja der modernen Presseentwicklung überhaupt, und vor allem der Parteienpresse, stand der einzelne Herausgeber, der mit seinem Namen für bestimmte Grundsätze eintrat, denen er mit seinem Blatt zur Durchsetzung zu verhelfen suchte. Auch wenn diese in manchen prominenten Fällen, wie z.B. der „Presse“, nicht immer klar erkennbar waren, so stand die Grundlinie zumeist fest.

Auch in den Anfängen der Zeitungen der späteren Großparteien fehlt diese Verbindung von Richtung und Einzelherausgeber durchaus nicht, wenngleich nach Konstituierung der einzelnen Parteien mit festgeschriebenen Parteiprogrammen die Verankerung dieser Leitsätze als richtungsweisende Haltung zumeist an die Stelle der Einzelperson traten. Aber noch über Jahrzehnte wurden die .Zentralorgane. der großen Parteien stets eng mit der Person des jeweiligen Parteiführers verbunden betrachtet.

Mit der Anonymisierung der Besitzverhältnisse der Massenmedien, die zuerst im Umfeld derjenigen Blätter festzustellen ist, die ursprünglich liberale Grundsätze vertrat und zur Entstehung von Kapitalgesellschaften führte, verband sich das Bestreben, die Finanzbasis der Presse zu stärken. Wenn diese Strategie auch vor dem Hintergrund wachsender Konkurrenz auf dem Pressemarkt im Hinblick auf Marktverhalten und -behauptung vor allem im Bereich der liberalen Blätter grundsätzlich Sinn macht, da die Liberalen sich zu keinem Zeitpunkt über

festgefügte und mitgliederstarke Parteikader stützten, so ist gleichzeitig festzuhalten, dass damit auch eine weitere Lockerung politischer Bindungen, manchmal bis zur Unkenntlichkeit, eintrat. Die zweite Entwicklung, die denselben Effekt hatte, war die zunehmende kommerzielle Orientierung am Inserentenmarkt, die die Beibehaltung starrer Grundsätze in gewissen politischen und wirtschaftlichen Fragen nicht selten erschwerte. Hinzu kam als drittes der langsame Niedergang der Liberalen als politischer Faktor.

Die liberalen Blätter, die ihre ursprünglich ostentativ zu Schau getragene „Gesinnung“ nach und nach abstreifen, erhielten so immer mehr das Etikett der „Unabhängigkeit“ und „Parteiungebundenheit“, konnten sich dafür aber ihre Marktposition weitgehend erhalten.

Die Parteiorgane der neu entstehenden politischen „Lager“, Sozialdemokraten, Christlich-Soziale, Deutschnationale usw. verschlossen sich diesem Weg lange Zeit in dem optimistischen Vertrauen, aus dem Reservoir der existierenden und künftigen Mitglieder immer neue Leser gewinnen zu können und glaubten ihre Existenz aufgrund der finanziellen Ressourcen ihrer jeweiligen Partei auf Dauer gesichert. Die aufstrebenden großen politischen Lager wetteiferten untereinander in dem Bestreben, nach außen hin nicht nur mit einer Stimme zu sprechen, sondern versuchten, ihre bestehende und zukünftige Klientel durch eine bunte Vielfalt an Spezialmedien anzusprechen. An hervorragender Stelle trifft dies insbesondere für die medienpolitischen Aktivitäten der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung sowohl in den zwanziger Jahren wie auch nach dem Zweiten Weltkrieg zu. Aber auch der Größe nach vergleichsweise kleine politische „Lager“, wie das der Zionisten, leisteten einen erstaunlichen Beitrag zur Medienvielfalt dieser Zeit.

Erst im Verlauf der Zweiten Republik setzte sich innerhalb der Führungseliten allmählich die Erkenntnis durch, dass eine allzu enge Anbindung der Parteipresse an die jeweilige Führung einer finanziell gedeihlichen Entwicklung im Wege stehen könnte, und es begann ein langsames Umdenken. Als mögliche Alternative bot sich eine Art .Doppelstrategie. in Form einer Kombination von Parteimedien im strengen Sinne und lediglich in finanzieller Abhängigkeit zur Partei oder ihr nahestehenden Unternehmen (Banken etc.) befindlichen Medien an.

Diese z.T. bereits in der Ersten Republik in Ansätzen verfolgte Strategie „parteinaher unabhängiger“ Printmedien, wofür als Fallbeispiele „Bildtelegraf“ und „Express“ dienen mögen, verfehlte im Großen und Ganzen ihr gestecktes Ziel, weil Parteiloyalität und Marktverhalten sich letztendlich als unvereinbar erwiesen. In einigen Fällen erscheint sogar der Vergleich mit dem Zauberlehrling angebracht, da sich das dem Schoße mächtiger Gönner entwachsende Findelkind gegen diese richtete (z.B. Kronen-Zeitung).

Als ein weiterer Faktor, der zur Krise der Parteimedien beitrug, erwies sich die Unfähigkeit zur Auswahl eines fähigen Managements, das seine Aufgabe als Hitze- und Interventions-Schutzschild zwischen Parteiinterventionen und redaktioneller Professionalität hätte erfüllen können. Die Erosion der großen politischen Lager in Verbindung mit wachsender Bereitschaft vor immer breiteren Wählersegmenten zum .Wechsel. hat so langfristig die finanziellen Grundlagen der Parteimedien ausgehöhlt, deren Defizite zuletzt immer stärker auf ihnen nahestehende Unternehmen abzuwälzen versucht wurde. Im Hinblick auf das sogenannte „dritte Lager“ der Deutschnationalen bzw. Freiheitlichen wäre zu ergänzen, dass dieses zu keinem Zeitpunkt imstande war, eine schlagkräftige Parteipresse aus eigener Kraft zu finanzieren.

Eine Sonderstellung nahm dabei die im Bereich des Rundfunks verfolgte Interessenspolitik an, weil sich sowohl in Österreich wie auch in anderen deutschsprachigen Ländern aus bestimmten Gründen die widerstreitenden politischen Lager auf „überparteiliche“ Organisationsformen, wengleich dem .Stress. parteipolitischer Einflussnahme ausgesetzt, einigten. In diesem Bereich versuchten die politischen Parteien daher insbesondere die Festlegung der rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen und die Auswahl der .Führungseliten. nach ihren

Grundsätzen zu gestalten. Diese Verengung der Sichtweise, die die legitime Kontrolle eines im öffentlichen Besitz stehenden Unternehmens nur allzu oft mit parteitaktischem Kalkül verbindet oder für parteipolitisch motivierte Interventionen nützt, hat weder dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk noch den Parteien selbst langfristig genützt, sondern vielmehr das Ansehen beider auf lange Sicht geschädigt.